

„Es braucht Mut“

erstellt: 28. April 2022, 08:56 In: Politik | Kommentare : 0



Foto: Dachverband für Soziales

Mehrere Südtiroler Sozialverbände machen Druck. Sie drängen darauf, bei der Vergabe von Diensten endlich neue Wege zu gehen.

Die öffentliche Hand hinkt bei der Umsetzung der Reform des 3. Sektors in Bezug auf die Auftragsvergabe anderen Provinzen hinterher. Die versprochene Mitprogrammierung und Mitprojektierung im Sozialbereich kommt nicht in die Gänge. Statt private Träger besser einzubinden, wird in Südtirol weiter an der öffentlichen Ausschreibungspraxis festgehalten. Dabei gibt es bessere Lösungen. Die Spielräume dazu sind da. Man muss sie nur nutzen, fordern führende Sozialverbände.

Mehrere Südtiroler Sozialverbände machen Druck. Sie drängen darauf, bei der Vergabe von Diensten endlich neue Wege zu gehen. Andere Regionen in Italien, darunter auch Trient, sind da schon einen Schritt weiter. Doch in Südtirol halten die öffentlichen Vergabestellen bislang am Instrument der öffentlichen Ausschreibung fest.

Dabei gäbe es bessere Möglichkeiten. Diese werden aber nicht genutzt, stellten die Führungsspitzen mehrerer Verbände bei ihrem monatlichen Treffen enttäuscht fest.

Die neun Organisationen Caritas Diözese Bozen-Brixen, Dachverband für Soziales und Gesundheit, EOS Sozialgenossenschaft, Verein Hands, KVV – Katholischer Verband der Werktätigen, Südtiroler Kinderdorf, La Strada-Der Weg, Lebenshilfe und Volontarius bemängeln, dass die öffentliche Verwaltung die vorhandenen Spielräume nicht nutzt. Dies verwundert, vor allem vor dem Hintergrund der neuen Möglichkeiten des Zusammenwirkens von öffentlicher Hand und 3. Sektor, die die Reform des 3. Sektors unter dem Motto „Co-Programmierung“ und „Co-Projektierung“ geschaffen hat.

Ein Blick ins Trentino zeigt, dass es auch anders (und besser) ginge.

Es gibt sogar ein Urteil des Verfassungsgerichtes vom Juli 2020, welches das Prinzip der Subsidiarität unterstreicht und die neue Form der Co-Programmierung und Co-Projektierung als neuen Standard festschreibt. Zudem zeigten sich gerade in der jüngeren Vergangenheit bei öffentlichen Ausschreibungen Schwächen. Sie haben deutlich gemacht, dass dieser Weg nicht unbedingt zielführend ist. Darunter leiden am Ende dann die Menschen, die die Dienste brauchen, so heißt es in der Aussendung der neun Verbände.

Konkret wünschen sich die Sozialverbände, dass die Co-Projektierung endlich auch in Südtirol umgesetzt wird. Man müsse nun von der Theorie in die Praxis kommen. Den Rahmen hat die Politik bereits geschaffen. Nun muss die Verwaltung nachziehen, sprich Gemeinden, Bezirksgemeinschaften aber auch das Land müssen die neuen Möglichkeiten auch anwenden.

Es braucht deshalb den Mut, alte und gewohnte Wege zu verlassen, so heißt es in der Aussendung.

Die neun Organisationen fordern die Landes-, Bezirks- und Gemeindeverwaltungen auf, umgehend Maßnahmen zu setzen, damit diese neue Form der Auftragsverteilung künftig tatsächlich zum Einsatz kommt. Sie schlagen vor, dem Beispiel anderer Provinzen zu folgen und Schulungen anzubieten, an denen Mitarbeiter/innen der öffentlichen Stellen und der privaten Organisationen teilnehmen und sind bereit, sich gemeinsam auf diesen neuen Weg machen.